

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Franziska Gminder, Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/22533 –**

### **Neue forstliche Versuchsflächen und Saatgutplantagen anlegen**

#### **A. Problem**

Die Fraktion der AfD führt in Bezug auf den stattfindenden Waldumbau in Deutschland aus, dass die in den letzten Jahren zu beobachtenden längeren Trockenphasen und die damit zusammenhängenden Klimaveränderungen hohe Anforderungen an die in Deutschland aktuell und zukünftig geplanten waldbaulichen Maßnahmen zur Umwandlung von strukturarmen Reinbeständen hin zu strukturreichen Mischwäldern sowie an Maßnahmen zur Etablierung von Agroforstsystemen stellen. Von besonderer Bedeutung ist dabei für die Antragsteller die Verwendung von hochwertigem, möglichst trockenheitsresistentem Forstvermehrungsgut.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/22533 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, im Rahmen der sich momentan im Entwicklungsprozess befindenden Waldstrategie 2050 der Bundesregierung zu berücksichtigen, dass Naturverjüngung beim Waldumbau nicht in jedem Fall die beste Option ist, sondern dass ein Herkunftswechsel mit hochwertigem Forstvermehrungsgut die bessere Alternative sein kann. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die in den letzten Jahren auf nationaler sowie teilweise auch auf internationaler Ebene für die wichtigsten Hauptbaumarten erarbeiteten Ansätze und Ergebnisse der Forstpflanzenzüchtung insbesondere im Rahmen von Nachkommenschaftsprüfungen konsequent weiter zu führen und zu diesem Zweck bundesländerübergreifend neue Versuchsflächenserien mit einheitlich konzipiertem Versuchsaufbau (Laufzeit mindestens 20 Jahre) anzulegen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/22533 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender und Berichterstatter

**Rainer Spiering**  
Berichterstatter

**Peter Felser**  
Berichterstatter

**Karlheinz Busen**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Harald Ebner**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Rainer Spiering, Peter Felser, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/22533** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der AfD führt in Bezug auf den stattfindenden Waldumbau in Deutschland aus, dass die in den letzten Jahren zu beobachtenden längeren Trockenphasen und die damit zusammenhängenden Klimaveränderungen hohe Anforderungen an die in Deutschland aktuell und zukünftig geplanten waldbaulichen Maßnahmen zur Umwandlung von strukturarmen Reinbeständen hin zu strukturreichen Mischwäldern sowie an Maßnahmen zur Etablierung von Agroforstsystemen stellen. Von besonderer Bedeutung ist dabei für die Antragsteller die Verwendung von hochwertigem, möglichst trockenheitsresistentem Forstvermehrungsgut. Das gilt für sie insbesondere dort, wo die „örtlichen“ Herkünfte – d. h. vorhandene Forstgenressourcen mit zum Teil unbekanntem Ursprung – ihrer Ansicht nach wenig überzeugen, so dass aus Sicht der Fraktion der AfD ein Herkunftswechsel in Betracht gezogen werden sollte.

In der Begründung ihres Antrages weist die Fraktion der AfD u. a. darauf hin, dass im Fall wichtiger Hauptbaumarten, wie z. B. Stiel- und Traubeneiche, Berg-Ahorn, Waldkiefer, Douglasie oder Europäische Lärche, in den letzten Jahren eine umfangreiche Auswahl und vegetative Vermehrung von Plusbäumen im Rahmen der Auswertung bestehender forstlichen Versuchsflächen erfolgt ist. Für eine noch weitergehende Auslese wäre es für die Antragsteller wichtig, das ausgewählte Material im Rahmen von langfristigen Züchtungsstrategien weiter zu testen und zu diesem Zweck bundesweit neue Versuchsflächen mit einheitlichem Versuchsaufbau anzulegen. Dabei sollte nach Auffassung der Fraktion der AfD eine möglichst breite Amplitude unterschiedlicher Standortbedingungen abgedeckt werden.

Darüber hinaus sollten aus Sicht der Antragsteller im Rahmen einer solchen bundesweiten Initiative experimentell auch Versuchsflächen für Baumarten angelegt werden, die in der bisherigen Forschung und Entwicklung eher wenig Beachtung fanden, die jedoch im Zusammenhang mit langfristigen Klimaveränderungen zukünftig von größerer Bedeutung sein könnten. Eine länderübergreifende Anlage von neuen Versuchsflächen mit einheitlichem Versuchsaufbau erfordert für die Fraktion der AfD ein entsprechend koordiniertes Vorgehen.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/22533 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. im Rahmen der sich momentan im Entwicklungsprozess befindenden Waldstrategie 2050 der Bundesregierung zu berücksichtigen, dass Naturverjüngung beim Waldumbau nicht in jedem Fall die beste Option ist, sondern dass ein Herkunftswechsel mit hochwertigem Forstvermehrungsgut die bessere Alternative sein kann,
2. die in den letzten Jahren auf nationaler sowie teilweise auch auf internationaler Ebene für die wichtigsten Hauptbaumarten erarbeiteten Ansätze und Ergebnisse der Forstpflanzenzüchtung insbesondere im Rahmen von Nachkommenschaftsprüfungen konsequent weiter zu führen und zu diesem Zweck bundesländerübergreifend neue Versuchsflächenserien mit einheitlich konzipiertem Versuchsaufbau (Laufzeit mindestens 20 Jahre) anzulegen,
3. darüber hinaus bei der Anlage von neuen bundesweiten Versuchsflächen zusätzlich auch bisher kaum berücksichtigte, jedoch aufgrund ihrer Trockenheitsunempfindlichkeit besonders interessante Baumarten, wie z. B. Esskastanie, Elsbeere, Schwarzkiefer, Große Küstentanne oder Libanonzedern, im Rahmen von Herkunftsversuchen mit einzubeziehen insofern der späteren waldbaulichen Verwendung dieser Baumarten keine erheblichen biotischen oder abiotischen Risiken entgegenstehen,

4. auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse der Forstpflanzenzüchtung und im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Forstgenetik des Johann Heinrich von Thünen-Instituts und den forstlichen Versuchsanstalten der Bundesländer die Anlage von Klonarchiven und neuen Saatgutplantagen in Abhängigkeit von der Anzahl der jeweiligen baumartenspezifischen Verwendungszonen als Teil hoheitlicher Aufgaben bereits in den nächsten Jahren zu forcieren, um den voraussichtlich deutlich steigenden Bedarf an hochwertigem möglichst trockenheitsresistentem Forstvermehrungsgut decken zu können,
5. bei der Sicherung von Forstgenressourcen durch neue Klonarchive sowie bei der Anlage von neuen Saatgutplantagen über die waldbaulich relevanten Baumarten hinausgehend auch für den Erhalt der Biodiversität wichtige Sträucher, wie z. B. Weißdorn, Heckenrose, Holunder, und die verschiedenen Weidenarten, einzubeziehen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 73. Sitzung am 7. Oktober 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/22533 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 84. Sitzung am 7. Oktober 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/22533 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 19/22533 in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bemerkte, beim ersten Durchlesen des Antrages der Fraktion der AfD erscheine dessen Inhalt auf den ersten Blick nicht unsympathisch, aber beim zweiten Hinsehen werde schnell gemerkt, dass nahezu fast alles, was die Fraktion der AfD in ihrem Antrag fordere, bereits vorhanden sei. Deswegen werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag der Fraktion der AfD ohne schlechtes Gewissen ablehnen. Bereits im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode sei das ausdrückliche Ziel formuliert worden, dass die Forst- und Holzforschung durch die Bundesregierung als Schwerpunkt gefördert werden müsse. Das große Engagement für den Wald sei unter Federführung des Bundes mit sehr viel Geld untermauert worden. Im Jahr 2019 seien 800 Millionen (Mio.) Euro als Dürre-Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) für den deutschen Wald zur Verfügung gestellt worden, die bereits in großen Teilen bei den Empfängern angekommen seien. Zudem seien im Jahr 2020 im Rahmen des sog. Konjunkturpaketes der Bundesregierung nochmals 700 Mio. Euro an Waldhilfen beschlossen worden. Damit würde der Gestaltungsraum für Maßnahmen zugunsten des Umbaus der Wälder, der Holzverwendung, der Erforschung neuer Baumarten und der Stärkung der Trockentoleranz des Waldes spürbar und nachhaltig vorangebracht. Alles, was die Fraktion der AfD in ihrem Antrag als Forderungen aufführe, sei von der Bundesregierung nicht nur bereits sehr ernst genommen worden, sondern schon umgesetzt worden bzw. befände sich in der Umsetzung.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, es sei als positiv zu bewerten, dass die Fraktionen der AfD und der FDP mittlerweile den Klimawandel akzeptierten und sich seiner Bekämpfung widmen wollten. Allerdings fasse der Antrag der Fraktion der AfD das Thema Waldbau inhaltlich deutlich zu kurz. Die Fraktion der CDU/CSU hätte bereits dargelegt, dass von der Bundesregierung – initiiert von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD – schon sehr viel Geld in das System Wald hineingegeben worden sei. Die Frage sei, wie die Hilfen für den Wald in die praktische Umsetzung kommen würden. Der Fraktion DIE LINKE. sei zuzustimmen, dass das Personal in den für Wald und Forsten zuständigen Behörden des Staates in den vergangenen Jahren erheblich reduziert worden sei, sodass die Umsetzung der Hilfsverfahren vor Ort zu häufig nicht zufriedenstellend hinbekommen werde. In den die Waldhilfen vergebenden Ämtern gebe es in der Regel nicht mehr ausreichend Personal, um das Geld schnell an die Empfänger zu bringen. Das mache deutlich, dass der Staat insgesamt ein Problem mit seiner ordentlichen Perso-

nalausstattung habe und hier besser werden müsse. Für die Fraktion der SPD müsse die Frage der Kreislaufwirtschaft bei der Holzverwendung mit einer auf Dauer angelegten langfristigen CO<sub>2</sub>-Bindung deutlicher in den Fokus des politischen Handelns rücken. Holz sei ein sehr wertvoller Wertstoff, der nicht prioritär zur Verbrennung benutzt werden, sondern als Bau- und Werkstoff Verwendung finden sollte. In öffentlichen Einrichtungen müsse wesentlich mehr Holz als Konstruktionswerkstoff verbaut werden. In Zukunft müsse dort, wo es möglich sei, Stahl durch Holz ersetzt werden. Wenn der Kreislauf Holz durch Neuanpflanzungen, der klimagerechten Umwandlung der Wälder auf der Basis wissenschaftlicher Forschung, einer ordentlichen Personalausstattung – sowohl in den öffentlichen Verwaltungen auch in der Forstwirtschaft – und der Weiterverwendung des gewonnenen Holzes u. a. als Baustoff entschieden vorangebracht werden, habe Deutschland in seinem Holz einen starken CO<sub>2</sub>-Speicher.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, es sei ein Jahr her, dass es einen nationalen Waldgipfel in Berlin gegeben habe. Die Dürrejahre, die den deutschen Wald geschädigt hätten, seien u. a. angesichts der Coronavirus-Pandemie in der medialen Aufmerksamkeit nach hinten gerückt, aber die Politik sollte am Thema Waldumbau dran bleiben. Es seien von der Bundesregierung beim Wald viele Mittel zugesagt und Einiges versprochen, aber wenn die Probleme beim Wald nachhaltig gelöst werden sollten, sollte geschaut werden, wie in den nächsten fünf bis 15 Jahren in der Forst- und Holzforschung wirksam weitergekommen werde. Das würde dem Wald mehr helfen, als wenn nur kurzfristig in die Fläche mit neuen Pflanzungen gegangen werde. Die Fraktion der AfD plädiere dafür, den Bereich Forstsaatgut in der Forschung zu stärken und die Forstversuchsflächen weiter ausbauen. An vielen Stellen laufe es mit der natürlichen Waldverjüngung gut. Es könne auf sie aber nicht bei den Stellen im Wald, wo Sturm oder Borkenkäfer „gewütet“ hätten und die Mutterbestände nicht so stark gewesen wären, die Dürre der letzten Jahre auszuhalten, gesetzt werden. Hier sollten starke neue Bäume gepflanzt werden. Dafür würde gutes Forstsaatgut benötigt. Die jahrzehntelangen Forschungserfahrungen des Thünen-Instituts für Forstgenetik bei der Saatgutzüchtung sollten genutzt und ausgebaut werden. Aus Sicht der Fraktion der AfD müssten die forstgenetischen Versuchsflächen bundesweit von derzeit 340 auf 680 verdoppelt werden, damit erforscht werden könne, wo es passe bzw. nicht. Die Fraktion der AfD fordere zudem, die aufgrund ihrer Trockenheitsunempfindlichkeit interessanten Baumarten, wie z. B. Esskastanie, Elsbeere, Schwarzkiefer oder die Große Küstentanne, stärker einzubeziehen. Ebenso wäre es wichtig, dass die Forstgenressourcen konserviert würden. Die Klonarchive müssten hierbei weiter ausgebaut werden, um für nachfolgende Generationen die Forschungsergebnisse sichern zu können. Die Fraktion der AfD sehe durch ihren Antrag die Chance, der Forstwirtschaft und dem deutschen Wald wirkungsvoll helfen zu können.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die Forstpflanzenzüchtung in Deutschland werde ohne Zweifel in den nächsten Jahren immer wichtiger werden. Dabei sei die Verwendung neuer Züchtungsmethoden notwendig. Für sie müsse sich die Bundesregierung aus Sicht der Fraktion der FDP entschiedener einsetzen, denn die Züchtung von Bäumen sei u. a. sehr zeitaufwendig. Neue Technologien und Methoden für die Züchtung von Bäumen existierten bereits, kämen aber in Deutschland bedauerlicherweise noch nicht zur Anwendung. Es helfe deshalb nicht, wie von der Fraktion der AfD in ihrem Antrag gefordert, forstliche Versuchsflächen zu verdoppeln und das Personal beim Thünen-Institut für Forstgenetik aufzustocken. Wichtiger werde es sein, neue Schadorganismen zu erforschen, denn auch trockenintolerante Baumarten würden von Schaderregern irgendwann befallen. Der Klimawandel werde sich weiter verschärfen. Dabei werde heute noch nicht gewusst, welche Baumarten dabei „mithalten“ könnten. Die Forstpflanzen müssten genetisch verbessert werden. Andere Länder würden bereits genetisch verbesserte Forstpflanzen in der zweiten und dritten Generation verwenden. Gebraucht würden neue Erkenntnisse zur Resistenz und Resilienz der Wälder vor dem Hintergrund des Klimawandels. Das Forstvermehrungsgutgesetz müsse ebenfalls angepasst werden. Ferner müsse die Bewirtschaftung und Pflege der Wälder verbessert und intensiviert werden. Sie müsse sich vor allen Dingen für die Waldbesitzer lohnen. Der Antrag der AfD enthalte einige wichtige Punkte; ihm könne in seiner Gesamtheit aber nicht zugestimmt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, es seien vielen Hilfen für den Wald angekündigt worden, aber in der Fläche sei davon bisher nur wenig angekommen. Es bestehe die Notwendigkeit, sich auf den Weg zu machen, um den Wald der Zukunft voranzubringen. Wer sich damit befasse, was die Wissenschaft dazu sage, wie Baumarten identifiziert werden könnten, die in den nächsten 30, 40, 50 Jahren noch dem Klima und anderen Veränderungen standhielten, der wisse, dass eine sehr komplexe Aufgabe vorliege. Der Antrag der Fraktion der AfD werde dieser Komplexität nicht gerecht, weil er suggeriere, dass nur die Baumarten ausgewechselt werden bräuchten. Die Baumarten seien nur ein kleines Puzzleteil beim Wald. Der Wald müsse als Ökosystem insgesamt betrachtet werden. Wenn die vielen Stellschrauben, die diesbezüglich notwendig seien, sowie die sich daraus ergebenden

Veränderungen, mit denen die Politik es dann zu tun hätte, nicht beachtet würden, werde etwas grundsätzlich falsch gemacht, weil der Baum nicht nur Holzlieferant, sondern Teil des Ökosystems sei. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie z. B. die Fraßgemeinschaften bei den jeweiligen Baumarten aussähen. Zudem müsse geschaut werden, welche ökologischen Wertigkeiten die Bäume hätten. Insofern reiche es nicht aus, zu sagen, dass an ein paar neuen Baumarten geforscht und die entsprechenden Flächen erweitert werden müssten und dann dort auch noch bestimmte Schutzmaßnahmen zu beschränken. Das halte die Fraktion DIE LINKE. nicht für schlüssig. Aus ihrer Sicht sei ein komplexerer strategischer Ansatz beim Forst und bei der Jagd dringend und zwingend notwendig. Es räche sich jetzt der Stellenabbau der 2000er Jahre. Dieser hätte sich in seinen Auswirkungen sowohl im Forst in der Fläche als auch bei den Forschungseinrichtungen als katastrophal erweisen. Deutschland sei sowohl bei der wildbiologischen Forschung als auch bei der Wald- und Baumforschung nicht so aufgestellt, wie es das als traditionelles Forstland sein sollte. Hier müsse dringend personell – von Bund und Ländern – „nachgeliefert“ werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, der Antrag habe ein Gutes, denn er zeige hoffentlich, dass sich die Fraktion der AfD nun auch mit der Frage der Klimakrise und ihren Folgen auseinandersetze. Jetzt fehlten bei ihr nur noch ein paar kleine „Erkenntnisgewinne“, dann werde sich vielleicht bei ihr auf einem Wissenstand befunden, wie bei der Bekämpfung des Klimawandels weitergekommen werden könne. Inhaltlich habe die Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der Fraktion der AfD die meisten Kritikpunkte, die alle zutreffend seien, ausgeführt. Es sei Vieles im Bereich der Frage, welche Baumarten künftig wirklich helfen könnten, angekündigt worden, aber Deutschland sei hier derzeit noch – Stichwort Assisted Migration – zu schlecht aufgestellt. Es gehe darum, dass die Ökosystemforschung vorangebracht werde und die Wälder so umbaut würden, dass sie auch ökosystemar funktionierten, d. h. es nicht nur einen Baum gebe, der wachse, sondern ein Ökosystem, in das dieser Baum dann auch passe. Die Naturverjüngung des Waldes könnte noch deutlich besser funktionieren, wenn bei der Schadholz-Beräumung auf sie Rücksicht genommen würde und nicht das viele gute Geld bei den Waldhilfen ausschließlich dafür ausgegeben würde. Im Antrag der Fraktion der AfD werde sich auch auf die Pestizidanwendung im Wald fokussiert. Davon sollte, soweit es irgendwie gehe, Abstand genommen werden – Stichwort funktionierende Ökosysteme und Waldumbau. Die Aussage der Fraktion der FDP, dass sich die zweite und dritte Generation gentechnisch veränderter Pflanzen schon im Anbau befänden, könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nachvollziehen, weil es sich dann um ziemlich alte Züchtungsmethoden handeln müsste. Bis eine dritte Generation bei Bäumen zum Wachsen komme, dauere es bekanntlich sehr lange.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/22533 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

**Alois Gerig**  
Berichterstatter

**Rainer Spiering**  
Berichterstatter

**Peter Felser**  
Berichterstatter

**Karlheinz Busen**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Harald Ebner**  
Berichterstatter

